



Rechtsausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

20. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Heinz Uwe Müller, Marion Schmieder (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten **6**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3453

Zuziehung von Sachverständigen

Der Ausschuss diskutiert mit den in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Deutsche Kinderhilfe e. V. Haus der Bundespresse- konferenz, Berlin	Rainer Becker	16/1233	6, 25
Bundesarbeitsgemein- schaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e. V., Bonn	Dr. Klaus Roggenthin, Geschäftsführer	16/1228	9, 23, 31
Diakonie für Bielefeld „Freiräume Bielefeld“	Melanie Mohme		7, 27
Universität Würzburg, Lehrstuhl für deutsches und ausländisches öffent- liches Recht, Völker- und Europarecht	Prof. Dr. Stefanie Schmahl	16/1246	11, 22
Universität zu Köln, Hu- manwissenschaftliche Fa- kultät	Prof. Dr. Philipp Walken- horst		14, 20

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

32

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Vorlage 16/1119
Vorlage 16/1263

- Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses (Einzelplan 04 – Justizministerium)

Der Änderungsantrag 1 (Kapitel 04 020, Allgemeine Bewilligungen) wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU bei Enthaltung von FDP und der Piratenfraktion angenommen.

Die Änderungsanträge 2 (Kapitel 02 020 Titel 547 10), 3 (Kapitel 04 210 Titel 422 01), 4 (Kapitel 04 240 Titel 422 01), 5 (Kapitel 04 240 Titel 427 01), 6 (Kapitel 04 250 Titel 422 01) und 7 (Kapitel 04 250, Titel 427 01) werden mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der Einzelplan 04 in der geänderten Fassung wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

3 Verfassungsbeschwerden zu Einstellungshöchstaltersgrenzen für Beamte 44

a) Verfassungsbeschwerde des Herrn B., Essen

2 BvR 1322/12
Vorlage 16/1368

b) Verfassungsbeschwerde der Frau B., Köln

2 BvR 1989/12
Vorlage 16/1368

c) Verfassungsbeschwerde des Herrn K., Bonn

2 BvR 1996/12
Vorlage 16/1395

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu den Verfahren 2 BvR 1322/12, 2 BvR 1989/12 und 2 BvR 1996/12 keine Stellungnahme abzugeben.

4 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchzahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten! 45

Antrag
der FDP-Fraktion
Drucksache 16/2621
APr 16/353

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss beschließt, heute kein Votum zur Drucksache 16/2621 abzugeben.

5 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 46

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

– Beratungsverfahren

Der Ausschuss beschließt übereinstimmend, sich nachrichtlich am Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf Drucksache 16/4151 zu beteiligen.

6 Fälschungssichere Ausweise für Strafgefangene? (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1407

7 Verschiedenes 50

a) Bedarfstermin im Dezember 2013

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, auf den Bedarfstermin am 11. Dezember 2013 zu verzichten.

b) Informationsfahrt nach Israel

Der Ausschuss diskutiert die möglichen Rückflugtermine. Ein Rückflug am 5. April 2013 ist nicht praktikabel, weil dann sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch die FDP ihre Parteitage abhalten. Die Einzelheiten werden noch geklärt.

c) Verabschiedung Frau Hielscher

d) Verabschiedung Herr Mainzer

5 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/4151

– Beratungsverfahren

Vorsitzender Dr. Robert Orth weist darauf hin, dass die erste Lesung des Gesetzentwurfs am 16. Oktober 2013 stattgefunden habe. Federführend sei der Hauptausschuss, der Rechtsausschuss sei mitberatend. Die vom Hauptausschuss beantragte öffentliche Anhörung sei beschlossen; die Terminfestlegung stehe noch aus. Heute müsse festgelegt werden, in welcher Form der Rechtsausschuss daran teilnehmen wolle. Er schlage vor, sich am Anhörungsverfahren nachrichtlich zu beteiligen.

Der Ausschuss beschließt übereinstimmend, sich nachrichtlich am Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf Drucksache 16/4151 zu beteiligen.

